



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/139 - 18.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zur Lage in Ostberlin	S. 1
Die USA-Gewerkschaften und die Gewerkschafts- internationale	S. 3
KP-Tarnung auf dem Lande	S. 5

Nach den großen zwei Tagen

P.R. - Berlin

Wie wird es weitergehen? Das ist die alles beherrschende Frage nach den vorangegangenen Ereignissen der letzten beiden Tage in Berlin. Natürlich stellt sie sich am Ort der Ereignisse drängender als irgendwo anders. Bei ihrer Beantwortung muß man vom Eindruck und Ergebnis dieses einzigartigen Aufbegehrens einer durch acht Jahre geknechteten Arbeiterschaft ausgehen. Der Eindruck ist, man kann es ohne Übertreibung sagen, überwältigend, denn man ist sich überall bewußt, daß wohl noch nie in einem totalitären Staat eine so mutige Erhebung stattgefunden hat wie hier. Das wird bleibende Wirkungen haben, auch wenn sich zunächst keine handgreiflichen politischen Resultate im Sinne der Demonstranten ergeben sollten. Die Westmächte aber müßten begreifen, daß sie in ihren Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetunion das Gewicht der wahren, jetzt offen zutage getretenen Gesinnung und Einsatzbereitschaft der sowjetzonalen Bevölkerung für sich sprechen lassen können - wenn sie es wollen.

Aus den Ereignissen des Dienstag und Mittwoch stellt sich die Frage nach den unmittelbaren und nach den Spätfolgen. Zunächst hat der Belagerungszustand für Ostberlin dort eine Kirchhofsruhe geschaffen. Die Sektoren sind militärisch und somit schärfer als je zuvor voneinander getrennt. Die Arbeit im

Osten ist offenbar nur ganz vereinzelt wieder aufgenommen. Andererseits werden einzelne Streikleitungen verhaftet. Das Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht ist durch gespannteste Abwehrbereitschaft bestimmt, ohne daß man den Eindruck hat - und ihn auch nicht an den beiden vorangegangenen Tagen haben konnte - daß die Sowjets eine brutal blutige Niederschlagung dieser spontanen Erhebung breiter Massen forcieren wollen. Ihnen liegt am Vierergespräch, und sie wissen, wie eine Berliner Zeitung heute schreibt, daß, wenn sie diese Protestaktion der um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter zusammenschießen ließen, es keine Möglichkeit geben würde, sich mit der freien Welt irgendwo an einen Tisch zu setzen.

Hoffnungsloser Verlierer des Aufstandes ist das seditionische Machtregime Ulbrichts und Grotewohls. Es wird Aufgabe einer klugen deutschen Politik sein, den Männern im Kreml bzw. ihren Vertretern in Karlshorst überzeugend klar zu machen, daß die Sowjetunion unmöglich diese Männer und das Regime, das sie verkörpern, zumal nach diesen letzten beiden Tagen, weiter in ihrer bisherigen Position lassen kann, daß neue Männer und neue Methoden an ihre Stelle treten müssen. Die kommunistische SED hat nach acht Jahren einer verwerflichen, ja verbrecherischen Machtausübung absolut und unwiderruflich abgewirtschaftet. Ihr Verbleiben im Amt würde die Bevölkerung Ostberlins und der Sowjetzone unerträglich reizen.

Die Notwendigkeit zu einem Wechsel ergibt sich auch aus den weltpolitischen Erfordernissen. Denn für jedes mögliche Vierergespräch und die Hoffnungen, die man daran knüpft, wäre der Fortbestand des gegenwärtigen Regierungs- und Parteiregimes eine unerträgliche Belastung. Andererseits sollte man auch in Deutschland nicht der Neigung nachgeben, sich angesichts der in Berlin eingesetzten sowjetischen Panzer künftig allzu sehr auf die Panzer der Westmächte zu verlassen.

Auch für den Westen müßte der Zeitpunkt gekommen sein, ernsthaft zu prüfen, welche praktischen Möglichkeiten zur Besserung der Situation in der Sowjetzone bestehen. Eine davon wäre, daß die Bundesregierung und die freie Welt die Versorgung des Ostsektors und der Sowjetzone garantieren und damit eine Kette von Maßnahmen auslösen, an deren Ende gesamtdeutsche Wahlen stehen. Im Augenblick ist die ostberliner Versorgung aufs äußerste gefährdet. Der Belagerungszustand ist keine Methode, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Jedermann hofft auch, daß er in Kürze aufgehoben wird.

Das Problem Berlin muß gerade in diesem Augenblick erhöhter Spannungen und sicher nicht ungefährlicher Entwicklungsrisiken stärker als bisher in den Rahmen der Überlegungen gestellt werden, die das Schicksal Gesamtdeutschlands zum Gegenstand haben.

Einheitsfront der nordamerikanischen Gewerkschaftsbünde

P.H.-New York, Mitte Juni

Die drei dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angeschlossenen nordamerikanischen Gewerkschaftsbünde, die American Federation of Labour (AFL), der Congress of Industrial Organizations (CIO) und die Vereinten Bergarbeiter haben zu dem am 4. Juli in Stockholm beginnenden dritten Vollkongreß dieser Gewerkschaftsinternationale schon jetzt in einem gemeinschaftlichen Aufruf Stellung genommen. Von den drei Organisationen ist die AFL mit über 8 Millionen Mitgliedern innerhalb der Gewerkschaftsinternationale der stärkste Verband, der zweitstärkste, nämlich der englische Gewerkschaftsbund (TUC) meldet rund 70000 Mitglieder weniger als die AFL. Der CIO als drittgrößtes Einzelmitglied steht mit 6,3 Millionen Mitgliedern vor dem DGB. Nimmt man dazu die Zahl der Mitglieder der vereinten Bergarbeiterverbände, die gleichfalls den Aufruf unterschrieben, mit rund 650000, so ist es ein recht erheblicher - mitgliedersmäßig und noch mehr finanzmäßig - Sektor, der vor dem Vollkongreß seine Stimme für gewisse grundsätzliche Forderungen und ebenfalls zu einer indirekten Kritik an einigen Erscheinungen im internationalen Gewerkschaftsleben erhebt.

Inhaltlich fällt in dem Aufruf vor allem die starke Übereinstimmung der Forderungen, die an den Kongreß gestellt werden, mit den Grundsätzen der offiziellen Außenpolitik der Vereinigten Staaten auf. Das gilt vor allem für die scharfen Worte gegen die Kolonialpolitik "mehrerer demokratischer Länder", und die Aufforderung an die Internationale und die ihr angehörenden Mitgliedsorganisationen jener Kolonialmutterländer, aufs schärfste gegen diese Praktiken zu kämpfen. Gemeint sind mit den "gewissen" Ländern naturgemäß Frankreich, England und Belgien. Den nordamerikanischen Gewerkschaften war schon auf dem Kongreß des IBFG in Mailand unbehaglich, daß der Ruf der cyprischen und griechischen Gewerkschaften nach Anschluß Cypern an Griechenland ungehört verhallte. Daß die französischen Gewerkschaften - von dem Skandal Tunesien schon abgesehen - gegen die Bildung selbständiger einheimischer Gewerkschaften in den Kolonialgebieten sind und lieber mit materieller Unterstützung der Kolonialverwaltung "Zweigabteilungen" in den Kolonien errichten, entspricht wenig amerikanischem demokratischen Denken, ebenso, daß Belgien seinen Kongo als eine Art "Privateigentum" behandelt, mit patriarchalisch-religiöser Negererziehung.

Die andere Aufforderung an den Kongreß, sich mit dem argentinischen Peronismus und dem "autoritären Militarismus" in gewissen

Gebieten Central- und Südamerikas zu beschäftigen, entspringt der recht chaotischen Lage der Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika, die bisher nicht gemeistert werden konnte. Die allgemeine Weltpolitik berührt die Warnung vor der russischen Friedensoffensive - vielleicht dürfte sie auf dem Kongreß den englischen und dichter am Schuß befindlichen mitteleuropäischen Gewerkschaften zu weit gehen.

Wie dem auch sei: Die Teilnehmer am Stockholmer Kongreß müssen sich klar darüber sein, daß Nordamerika mit einem festen und gemeinschaftlichen Programm erscheint. Dieses Bestreben, aktiv und entschlossen für eine bestimmte Linie einzutreten, dürfte sich nicht nur auf die Punkte beschränken, die in der Erklärung der nordamerikanischen Gewerkschaftsbünde genannt werden. Auch bei der Neuwahl der leitenden Persönlichkeiten und Organe des Bundes sowie in Bezug auf die organisatorischen und strukturellen Veränderungen, die von verschiedenen Seiten geplant sind, werden die Nordamerikaner das ganze Gewicht ihrer numerischen und finanziellen Stärke in die Waagschale werfen. Dieser Aufruf, dem die Ankündigung folgte, daß Nordamerika 25 Delegierte nach Stockholm schickt, war ein Fanfarenstoß.

+ + +

Die "trojanischen Ochsen"

Von landwirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Wenn man den Kommunisten auch vieles vorwerfen kann, so muß man ihnen doch neidlos zugestehen, daß sie auf dem Gebiete der Tarnung und der Verschleierung ihrer tatsächlichen Absichten und Ziele wahre Henneckeleistungen vollbringen. Eine der über 200 vom Westbüro der SED gelenkten Tarnorganisationen in der Bundesrepublik ist "Das Führungsgremium des Gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft in der Sowjetzone und in der Bundesrepublik", das 1950 errichtet wurde und als dessen publizistisches Organ "Das Land" gilt. Es erscheint im "Verlag für Land- und Forstwirtschaft, Dr. Walter Christaller, Frankfurt a.M." Der Obengenannte ist auch bei der "Westdeutschen Flüchtlingsstimme" - ebenfalls einer kommunistischen Tarnzeitung - tätig.

Eine hervorragende Rolle in der kommunistischen Tarnarbeit der Bundesrepublik im allgemeinen und auf dem Sektor der Land- und Forstwirtschaft im besonderen spielt Prof. Dr. Reinau aus Lörrach /Baden. Professor Reinau gehörte 1950 dem Führungsgremium des "Gesamtdeutschen Arbeitskreises für Land- und Forstwirtschaft" an, 1951 unterzeichnete er den "Aufruf des Volksbefragungs-Hauptausschusses", 1952 war er Mitglied des "Weltfriedensrates" und Vizepräsident des "Gesamtdeutschen Arbeitskreises" und im gleichen Jahr unterschrieb er den Aufruf der Konferenz "Deutsche Sammlung" in Dortmund. Im Juli 1952 finden wir seine Unterschrift unter dem "Ruf zur Sammlung aller Patrioten" des westdeutschen Friedenskomitees. Im März 1953 unterschreibt er einen

"Appell an alle Deutschen". Ein Monat später, im April, unterzeichnet er die Erklärung des "Rates der Deutschen Sammlung", - "Innerdeutsche Verständigung sofort erreichbar",

Des weiteren gehört dem "Führergremium" des Arbeitskreises auch Kaplan J. Rossaint an, der schon seit längerer Zeit als Aufruf-Unterschreiber tätig ist und dessen Name wir schon im April 1951 unter dem Aufruf des sogenannten "Volksbefragungs-Hauptausschusses" finden.

Der vierzehntägig erscheinenden Zeitung "Das Land" fällt innerhalb der kommunistischen Tarnpresse die Aufgabe zu, landwirtschaftliche Kreise in bolschewistischem Sinne zu beeinflussen. In Nr. 1 - 17. Januar 1953 - finden wir u.a. einen "Bericht eines bäuerlichen Teilnehmers vom Weltfriedenskongreß in Wien". Es handelt sich um einen Ende vorigen Jahres in Wien inszenierten Kongreß der kommunistischen "Friedenskämpfer". Bebildert ist dieser Bericht mit einem Photo des Vorsitzenden des "Weltfriedensrates", Prof. Joliot-Curie. Des weiteren wird dem Leser mitgeteilt, daß es "in der DDR keine Ernährungskrise" gäbe. - Eine Feststellung, die anscheinend leichter von Frankfurt /M., als von Frankfurt /Oder zu treffen ist. Ergänzt wird das Bild dieser angeblich parteipolitischen Neutralität durch einen Beitrag des "Bauern" Richard Scheringer, der 1932 von der NSDAP den Weg zur KP fand und sich am 3. März 1953 im Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" in einer wiedergegebenen Ansprache begeistert zur KP und deren Ziele bekannte. Darin hieß es u.a. abschließend:

"Wir sind uns aber auch darüber im klaren, daß wir in Westdeutschland angesichts der Verschlagenheit und der Methoden der bei uns herrschenden fremden Machthaber und ihrer deutschen Handlanger allein nicht in der Lage sind, den Sieg zu erringen. Ihr, meine Freunde in der Deutschen Demokratischen Republik, seid weiter und deshalb stärker! Eure Jugend ist bereit, die Waffe in die Hand zu nehmen und den Frieden zu verteidigen und jeden zu zerschmettern, der es wagen sollte, eure Errungenschaften... Hinter euch stehen die volksdemokratischen Länder, die große Sowjetunion ..."

In Nr. 2 - 31. Januar - wird im Leitartikel des Blattes eine "Regierung der nationalen Wiedervereinigung" gefordert - eine Phrase, wie wir sie in der gesamten getarnten und nichtgetarnten kommunistischen Presse immer wieder finden. Auch ein selbstverständlich begeisterter Bericht über die Lage der "Produktionsgenossenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik" fehlt natürlich nicht. In Nr. 3 - 14. Februar - finden wir einen propagandistischen Hinweis auf die "Deutsche Sammlung", - der führenden kommunistischen Tarnorganisation in der Bundesrepublik. In der Rubrik "Zum Feierabend" wird "die Konvention von Tauroggen" im Sinne der sowjetischen Geschichtsauffassung eingehend gewürdigt. Die hier angeführten kommunistischen Propagandaartikel werden von fachlichen Berichten über Landwirtschaftsfragen äußerst geschickt umrahmt.

Man spricht im allgemeinen von trojanischen Pferden. Da es sich in diesem Falle um Probleme der Landwirtschaft handelt, dürfte der Begriff vom "trojanischen Ochsen" zutreffender sein. - Von jenen trojanischen Ochsen, über dessen wahre Absichten die Öffentlichkeit der Bundesrepublik zu unterrichten schon in Anbetracht der 200 ähnlichen Organisationen nicht überflüssig erscheint.